



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Bergedorf  
Bezirksversammlung

<b>Antwort</b> Fraktion GRÜNE Bergedorf  <b>öffentlich</b>	Drucksachen-Nr.: <b>XIX-1612</b>
	Datum: 22.08.2013
	Aktenzeichen: 641.00-02

<b>Beratungsfolge</b>		
	<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
	Bezirksversammlung Bergedorf	29.08.2013

## Kurt-A-Körper-Chaussee

### Sachverhalt:

Antwort auf die Große Anfrage des BAbg. Fleige und der Fraktion die Grünen, Drs. XIX/1265

*Der Bau des neuen Obi-Marktes nähert sich dem Ende. Auch die verkehrliche Erschließung wurde inzwischen geschaffen. Hier fällt auf, dass ein vorhandener Radweg in ausreichender Breite auf eine Breite von 60 cm reduziert wurde (siehe Photo). Dies widerspricht dem politischen Willen, den Radverkehr zu fördern. Die im Verkehrsausschuss vorgestellten Pläne zur verkehrlichen Erschließung (siehe Anhang) ließen dies nicht erkennen. Durch den sehr schmalen Radweg und der eingeschränkten Breite des Gehwegs sind Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern zu erwarten.*

Das Bezirksamt beantwortet die Große Anfrage vom 29.05.2013 wie folgt:

Das Bezirksamt Bergedorf und die Fa. PROCOM haben zum Ausbau der Kurt-A.-Körper-Chaussee zwecks notwendiger Erschließung und Bebauung eines Privatgrundstückes mit einem Baumarkt einen Erschließungsvertrag geschlossen. Die Planungen dazu wurden dem Fachausschuss Verkehr und Inneres vorgelegt. Im Zuge der Bauarbeiten stellte sich ein erweiterter Grundinstandsetzungsbedarf der Fahrbahn außerhalb des ursprünglichen Erschließungsbereiches heraus. Dieser Grundinstandsetzungsbedarf ist durch das Bezirksamt zu tragen. Aufgrund dieses anfallenden Grundinstandsetzungsbedarfes der Fahrbahn und der bereits ohnehin laufenden Erschließungsarbeiten hatte sich das Bezirksamt aus wirtschaftlichen Gründen in Abstimmung mit der Fa. PROKOM und der PK 43 kurzfristig entschlossen diese Maßnahmen durchzuführen, die ursprüngliche Planung zu ändern und die vorhandene Rechtsabbiegespur zu verlängern und damit die deutlich zu geringe Kapazität für den KfZ Verkehr der Kreuzung Sander Damm/Kurt-A.-Körper-Chaussee zu verbessern. Das Bezirksamt erwartet eine deutliche Zunahme der Verkehrsmengen nach Eröffnung des Baumarktes und vermehrt Schwierigkeiten in der Abwicklung der Verkehrsmengen insbesondere in der Nachmittagsstunden. Für diese Verlängerung der Abbiegespur mussten die Nebenflächen auf einer Länge von rd. 30 m vor allem zu Lasten des Radweges eingeengt werden. Die Bauarbeiten dazu sind vorerst abgeschlossen.

Das Bezirksamt hat sich bereits zusätzliche Flächen zu einem möglichen späteren Ausbau der Kreuzung gesichert und befindet sich des weiteren in Verhandlungen mit dem Grundeigentümer um den Ankauf zusätzlicher Flächen, um auch die Einengung der Nebenfläche auf den o.g. 30 m zu verbreitern.

Dies vorangestellt beantwortet das Bezirksamt die Große Anfrage wie folgt:

1. *Ist der Bergedorfer Verwaltung der Inhalt der Hamburger Radverkehrsstrategie bekannt?*

Zu 1.: Ja.

- 1.1 *Wo kann der Radverkehrsstrategie entnommen werden, dass nicht benutzungspflichtige Radwege auch in einer Breite von 60 cm gebaut werden sollten.*

Zu 1.1.: Nicht bekannt.

2. *Wurde die Fahrradbeauftragte der Verwaltung in die Planungen einbezogen?*

Zu 2.: Grundsätzlich Ja.

- 2.1 *Wenn ja, hat sie der vorliegenden Planung zugestimmt?*

Zu 2.1.: Die Fahrradbeauftragte konnte zu der Planungsänderung nicht befragt werden.

- 2.1.1 *Wenn ja, wo kann man PLAST9 entnehmen, dass der Bau von 60cm breiten Radwegen sinnvoll ist?*

Zu 2.1.1.: An kurzen Engstellen sind Ausnahmen der Regelbreiten zu gelassen.

3. *Sieht die Verwaltung in der Reduzierung der Radwegbreite auf 60 cm eine Förderung des Radverkehrs?*

Zu 3.: Nein. Durch die Erweiterung der Maßnahme mit einer kostengünstigen und damit sehr wirtschaftlichen Grundinstandsetzung des Straßenabschnittes und Verlängerung der Abbiegespur entsteht jedoch eine sinnvolle Kapazitätserweiterung der o.g. Kreuzung und eine Bestandsverbesserung der Straße.

- 3.1 *Sieht die Verwaltung eine Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer in der Verlängerung einer Rechtsabbiegespur durch den Rückbau eines Radwegs?*

Zu 3.1.: Das Bezirksamt hat hier Vorteile für KfZ Verkehr zu Lasten der Radwegbreite auf einer Länge von 20 m abgewogen. Das Bezirksamt hat die Nachteile für den Radverkehr gerade vor dem Hintergrund der nicht vorhandenen Radwegebenutzungspflicht für hinnehmbar.

4. *Durch Grunderwerb wäre eine andere Lösung möglich gewesen. Wurde diese Möglichkeit geprüft?*

Zu 4.: Ja. Siehe Vorbemerkungen.

- 4.1 *Wenn ja, woran ist diese Möglichkeit gescheitert?*

Zu 4.1.: Die Verhandlungen dauern an.

5. *Den Mitgliedern des Verkehrsausschusses wurden nur die angehängten Planungen vorgestellt. Welchem politischen Gremium wurde die geänderte Planung vorgestellt und wann wurde diese beschlossen?*

5.: Die Änderung wurde aus Zeitgründen nicht vorgestellt.

6. *Entgegen der ursprünglichen Planung wurde die Rechtsabbiegerspur verlängert. Wurden die Mehrkosten durch den Investor übernommen?*

6.: Nein.

- 6.1 *Wenn nein, wann und durch welches politische Gremium wurden diese zusätzlichen Gelder zur Verfügung gestellt?*

6.1.: Die Mehrkosten müssen durch den Ansatz des Bezirksamtes für Grundinstandsetzungen für Straßen gedeckt werden.

7. *Ist die Verwaltung der Ansicht, dass die Politik ausreichend an der Planung und der Finanzierung beteiligt war?*

7.: Ja.

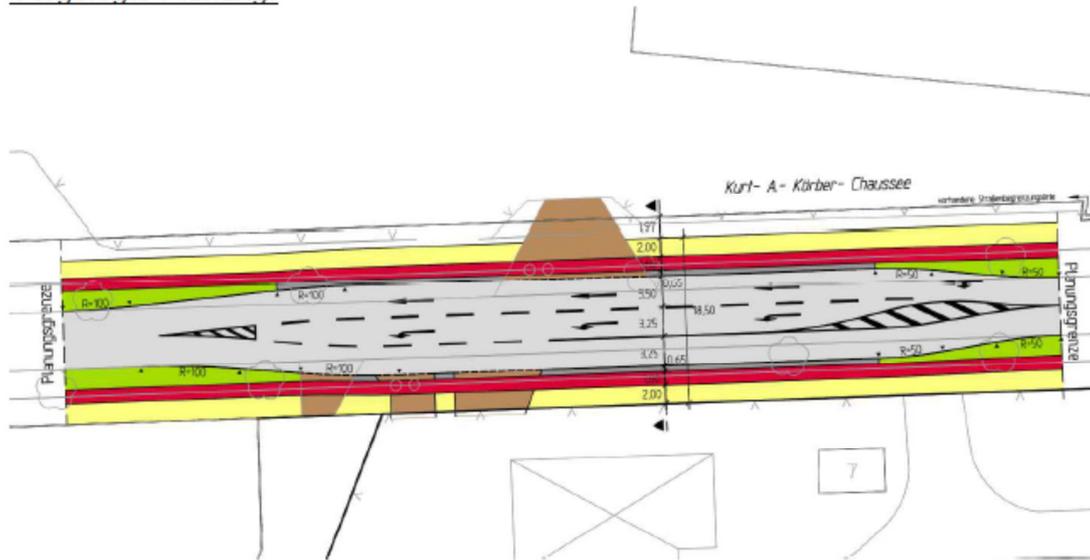
**Petition/Beschluss:**

---

**Anlagen:**

Skizze und Foto

Vorgelegte Planung:



Örtlichkeit nach dem Bau:

